

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neubauer
Verlagsort: Dresden
Verlagsnummer: 10 041

Druck: Carl Neubauer
Druckort: Dresden
Drucknummer: 10 041

Druck: Carl Neubauer
Druckort: Dresden
Drucknummer: 10 041

Ende der Militärdiktatur in Südslowien

Rücktritt der Belgrader Regierung

Belgrad, 4. April. Ministerpräsident General Biondini hat am Montagmorgen dem König Alexander auf Schloss Dedinje bei Belgrad den Rücktritt der Regierung unterbreitet. Der König hat den Rücktritt angenommen. In einer Sitzung des Ministerrats, die am Vormittag stattgefunden hatte, erklärte General Biondini, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehe. Er habe am 28. Januar 1928 in einem Augenblick höchster Gefahr für den Staat als neutrale Persönlichkeit die Regierung und damit die Pflicht übernommen, die Verhältnisse in Südslowien wieder zu normalisieren. Er glaube, daß er seine Pflicht erfüllt habe und trete daher von der Regierung zurück. Die Nachricht von der

Anfänge der Militärdiktatur

rief ungeheures Aufsehen hervor. Der bisherige Außenminister Marinkowitsch ist an Stelle Biondinis zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Seinem Kabinett gehören sämtliche Mitglieder der bisherigen Regierung mit Ausnahme von Biondini an. Die Minister sind bereits Montag nachmittags vereidigt worden.

Der Rücktritt des Diktators hat, obwohl er schon seit Dezember erwartet wurde, in politischen Kreisen insofern Ueberraschung hervorgerufen, als er fast unmittelbar nach den ersten Kundgebungen an der Belgrader Unversität erfolgt ist. General Biondini dürfte wieder zum Kommandanten der Garde ernannt werden.

Ein feiner Kronzeuge

Berlin, 4. April. (Eig. Drahtmeld.) Wie aus Rattowitz berichtet wird, haben die polnischen Behörden einen gewissen Jozef Bielawski verhaftet, weil er mit Hilfe eines von ihm herausgegebenen Standalblattes Verleumdungen an verschiedenen Personen des öffentlichen Lebens in Oberschlesien unternommen hat. Bei diesem verhafteten Bielawski handelt es sich um die gleiche Person, die als Kronzeuge der polnischen Staatsanwaltschaft in dem Prozeß gegen den Generalkonsul des Deutschen Volksbundes, Otto Mühl, und gegen den Schulrat Dudek fungierte. Das "Material", das der jetzt Ver-

haftete im Auftrage des polnischen Hauptmanns Tychon in den Jahren 1925 und 1926 zusammengetragen und zusammengefaßt, bildete die Unterlagen für den großen Schlag der polnischen Regierung gegen die Organisation der deutschen Minderheit in Oberschlesien. Bielawski Dokumentenfabrikation hat sogar im Vizekonsulrat eine Rolle gespielt, als nämlich der polnische Außenminister die offizielle Erklärung abgab, daß nach seiner genauen Kenntnis der Dinge der Führer des Deutschen Volksbundes illegale und hochverräterische Handlungen gegen den polnischen Staat begangen habe. Bielawski befiel sich im Auftrage des polnischen Konsulats in Rattowitz, um sich von ihnen Material geben zu lassen, das er dann um- und verfaßte. Als alles dies nicht ausreichte, um die Führer der deutschen Minderheit ins Gefängnis zu bringen, fertigte Bielawski sich die Photographien einer angeblichen Besichtigung an, durch die Otto Mühl nachgewiesen werden sollte, daß er polnische Staatsangehöriger zur Desertion verleitet habe. Wenn nun Bielawski von den polnischen Behörden verhaftet worden ist, so zeigt das, daß er keine Fähigkeiten als Verleumder und Erpreller wohl so stark ausgenutzt hat, daß es selbst den polnischen Behörden so viel wurde.

Ein Majestätsbeleidigungsprozeß

Der Schah von Persien verklagt deutsche Journalisten

Berlin, 4. April. Im Schöffengericht Berlin-Mitte fand heute ein Majestätsbeleidigungsprozeß statt, den der Schah von Persien gegen einige persische und deutsche Journalisten angehängt hatte. Der Prozeß endete nach kurzer Dauer mit dem Freispruch der sechs Angeklagten. Lediglich zwei wurden mit 60 Mark wegen Verleumdung der Majestät bestraft. Die Verhandlung selbst hatte unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden.

Der Freispruch erfolgte nach rechtlichen Gründen, da nach Ansicht des Gerichts die vom deutschen Gesetz zur Voransetzung gemachte Gegenöffentlichkeit nicht vorliegt. Das persische Gesetz sieht nicht den gleichen Strafschlag für Souveräne vor, den das deutsche Gesetz sieht. Lediglich in einem Falle lag das Verbrechen der Gegenöffentlichkeit als vorliegend an, hier aber wurde die Frage, ob eine Beleidigung des Schahs von Persien vorliegen habe, verneint.

Gegenvorschläge Dingeldens an Eugenberg

Gemeinsame Landesliste nach dem Stärkeverhältnis von 1930

Berlin, 4. April. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldens, veröffentlicht einen offenen Brief an die Adresse des deutschnationalen Parteivorsitzenden Dr. Eugenberg, in dem er den Eugenbergschen Vorschlag eines gemeinsamen Vorgehens der bürgerlichen Rechtsparteien für die Reichswahlen aufgreift und seinerseits dazu weitere Vorschläge macht. Was die DVP, und die DVP, angeht, schlägt Dingeldens vor, daß beide Parteien eigene Listen aufstellen, die aber in den Wahlkreisen untereinander verbunden werden.

Die Bestimmungen lassen auf eine gemeinschaftliche aufstellende preussische Landesliste schließen. Als Verleihungsdatum auf diese Landesliste wünscht Dingeldens das Wahlergebnis vom September 1930 angewandt zu wissen.

Dingeldens erklärt sich bereit, sofort eine gemeinsame Sitzung aller bürgerlichen Rechtsparteien einzuberufen, falls die Deutschnationalen auf diesen Vorschlag eingehen.

Der deutschnationale Abgeordnete Schmidt-Dannover hat in einem seiner persönlichen Verantwortung entziehenden Schreiben geantwortet, daß Dr. Eugenberg bereits nach Süddeutschland abgereist ist. Schmidt-Dannover weist darauf hin, daß die zwischen Zentrum und DVP, stehenden Gruppen durch ihre in den letzten Jahren betriebene Politik nachweisbar so viel Widerspruch und Ablehnung selbst in den eigenen Reihen erfahren hätten.

Daß die früheren Stärkeverhältnisse nicht mehr als maßstabgebend dienen könnten, und verzeichnet weiter, daß die DVP, das Angebot Eugenbergs parteiamtlich als "Indiskutabel" abgelehnt habe. Dieser schroffen Abgabe seien die Absagen der DVP, an die kleinen Gruppen der Mitte gefolgt. Der Dingeldens habe seine neueste Einstellung zu einem Zeitpunkt bekanntgegeben, der, wie er selbst wisse, es rein technisch unmöglich mache, die etwa in Betracht kommenden Gruppen für ernsthafte Verhandlungen zusammenzuführen. Unter diesen Umständen wird über die bisherige Haltung überraschender Weise von vielen als ein Verlust aufgefaßt werden, sich in letzter Stunde der Verantwortung für die Ablehnung des deutschnationalen Sammlungsvorschlages zu entziehen.

Berlin, 4. April. In einer Berliner Versammlung behandelte der preussische Landtagsabgeordnete Buchhorn

von der Deutschen Volkspartei die Stellung der Deutschen Volkspartei im Wahlkampf. Es liege fest, so betonte er, daß es ein Recht nach rechts geben werde. Aber Eugenberg und Hitler würden die erforderlichen Mandate nicht aufbringen, um Isolation über das Schicksal Preussens zu entscheiden. Die Deutsche Volkspartei müsse dafür sorgen, daß sie eine Traditionskompanie im Preussischen Landtag bleibe, die später wieder einmal ein Regiment sein werde.

Brüning in Karlsruhe

Karlsruhe, 4. April. Nach Beendigung seines Osterurlaubes begann Reichskanzler Dr. Brüning in der badischen Landeshauptstadt vor 6000 Zuhörern seinen Redefeldzug.

Daß er nicht nach London fahren könne, sei nicht so bedauerlich, weil angezeichnete Männer an seiner Stelle fahren würden.

Daß das deutsche Volk nun noch drei weitere Wochen in den Wahlkampf gezogen werde, sei ein trübes Zeichen für den Teil, der die Kampagne herbeigeführt habe. "Solange wir die jegliche politische Stabilität in Deutschland nicht sichern können, wird es durch die immerwährenden politischen Umwälzungen keine Erholung der Wirtschaft geben und wird die Ankurbelung der Wirtschaft auf sich warten lassen." Brüning beschäftigt sich sodann eingehend mit der nationalsozialistischen Bewegung. Das Ziel der NSDAP, die höchste Macht im Staate — den Reichspräsidentenposten — zu erhalten, sei parteipolitisch gesehen, berechtigt, aber vom vaterländischen Standpunkte aus verwerflich, wenn man sich in den Parlamenten der Länder vor der Mitarbeit drücke. Die Propaganda der NSDAP, sei in Wirklichkeit ein vollendetes System, nämlich das System rücksichtsloser Demagogie. "Die großen Dinge, die langsam heranreifen sind in der Außenpolitik, und die wir zum Teil bereits herbeiführen konnten, diese Dinge sind nur dann zu vollem Erfolge zu bringen, wenn es gelingt,

das System der vergangenen zwei Jahre, das System der letzten Regierung, durchzubrechen, niemals dem Volke demagogische Versprechungen zu machen, sondern die Wahrheit zu sagen."

Nach dem Reichskanzler erariff der Außenminister a. D. Dr. Curtius zu einigen abschließenden Ausführungen das Wort.

Autarkie oder Weltwirtschaft?

In all den Vorgesängen, die im Zeichen der Wahlkämpfe das deutsche Volk zerreissen, ist in den letzten Tagen noch ein wirtschaftspolitischer dazugekommen, der die Gemüter nicht so erhitzt wie die innenpolitischen Streitobjekte, aber trotzdem von einschneidender Bedeutung ist. Es handelt sich um den wirtschaftspolitischen Systemwechsel, dessen Notwendigkeit von allen Seiten anerkannt ist, dessen Richtung jedoch umstritten bleibt. Plage des Binnenmarktes lautet die Parole der Landwirtschaft, Förderung der Ausfuhr antworten die Industrie- und Handelskreise. Noch schärfer, einseitiger, aber auch übertrieben wird die Debatte ausgeführt in den Schlagworten: Autarkie oder Weltwirtschaft? Zwei hervorragende Vertreter aus beiden Lagern haben die gegenwärtigen Meinungen besonders deutlich formuliert: der Reichsernährungsminister Schiele, der in Kempten die agrarische These vertretet, und Geheimrat Kahl, der vor dem Reichsverband der Industrie allen autarkischen Bestrebungen eine scharfe Abfuhr erteilt.

Welche Folgerungen die Reichsregierung als die berufene Mittlerin und als Führerin der staatlichen Wirtschaftspolitik aus diesem Kampf der Meinungen zu ziehen gedenkt, ist noch nicht abzusehen. Es scheint, daß ihre Energien auf diesem Gebiet ebenso wie auf dem der agrarischen Außenpolitik durch die Anteilnahme am Wahlkampf gestärkt werden. Unterdessen räumen sich aber auch die wirtschaftlichen Gefahren rings um Deutschland immer höher. Im Reichshaushalt wachsen aus den wiederholten Sanierungsversuchen der Reichsverordnungen neue Fehlbestände. In den Außenhandelsbilanzen sinken Ein- und Ausfuhr ständig ab, so daß wir in kurzem vor der Tarifauseinandersetzung stehen, die den Ausfuhrwert den der Einfuhr gerade noch deckt. Daraus entstehen neue Devisenschwierigkeiten, und es erhebt sich die Frage, wie die privaten Rückzahlung- und Rücküberstellungen aus dem Ausland erfüllt werden sollen, nachdem von den politischen Tributabteilungen praktisch schon längst keine Rede mehr sein kann. Das Ausland denkt jedenfalls gar nicht daran, uns zu helfen. Es will nur Geld, keine Ware, ohne Rücksicht auf den volkswirtschaftlichen Grundsat, daß große und dauernde Geldübertragungen nicht anders als in Form von Warenlieferungen möglich sind. Die für Deutschland wichtigsten Einfuhrländer erhöhen fortgesetzt die Zollmauern und schaffen überdies durch Einschränkung von Kontingenten noch künstliche Beschränkungen für die deutsche Einfuhr. Mit jeder einzelnen dieser Maßnahmen wird der durch die Friedensverträge schon zum Erliegen eingeschränkte deutsche Lebensraum weiter verengt und die Erfüllung der uns auferlegten Verpflichtungen noch ungemessener gemacht. Ja, man mutet dem deutschen Volk sogar zu, daß es trotz eigener Bedrängnis keine politischen Geener wirtschaftlich trägt, damit auch diese ihren Zahlungsverpflichtungen dem Hauptgläubiger Frankreich gegenüber nachkommen können und damit die französische Politik in die Lage versetzt wird, diese Kräfte erneut gegen die deutschen Interessen einzusetzen. Nichts anderes bezweckt der Tardieplan im Donauraum. Die dortigen bewaffneten Frankreich sind wirtschaftlich und finanziell zerrüttet, weil sie, wiederum infolge der Zerstörung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Mitteleuropa durch die Pariser Vorortverträge, ihre Agrarüberschüsse nicht loswerden können. Und nun soll Deutschland überredet oder gezwungen werden, ihnen die Tore zu öffnen, damit sie wieder auf eigenen Füßen stehen und Frankreich die Kredite zurückzahlen können, die sie hauptsächlich zu Ernährungszwecken gegen Deutschland erhalten haben. Ist diese Politik schon Wahnsinn, so hat sie doch Methode.

Keine Methode ist aber in der deutschen Abwehr zu erkennen. Bisher hat es eine solche überhaupt nicht gegeben, und auch jetzt steht die Reichsregierung dieser Entwicklung noch hilflos gegenüber. Seit zwei Jahren besteht die Tätigkeit des Reichskanzlers darin, den dringendsten Notständen von Tag zu Tag mit Einzelmaßnahmen abzuhelfen, aber jeder Anlauf zu einem großangelegten, methodischen Plan zur Selbsthilfe — man denke nur an die vergebliche Arbeit des Wirtschaftsbeirates — ist im Keim erstickt worden. Auch in der Handelspolitik waren alle bisher getroffenen Maßnahmen nur Notwehrakte von Fall zu Fall. Es gibt keinen Plan, keine konstruktive Idee, nur noch Überbreite des Wahnes, wir könnten auch auf diesem Zummelfeld der nächsten Interessenspolitik mit der "Verhandlung" weiterkommen. Wir hängen noch am Prinzip der Weichheitspolitik, die es nirgends mehr gibt; wir räumen Vorzugsrechte ein, ohne einen Gegenwert für die Erleichterung unserer Ausfuhr zu erhalten, und wir lassen uns gelegentlich von einem pfiffigen Partner wie Polen über Ohr haufen. An Protesten gegen diese handelspolitische Ideen, und Tatenlosigkeit fehlt es nicht; wenn sich aber eine Bewegung erhebt, die positive Ziele weiß und neue Wege empfiehlt, dann erhebt sich stürmisch der Streit der Interessenten und verhindert eine gedeihliche Entwicklung.

So geht es auch mit den vielfach verkanteten Autarkiebestrebungen. Raum ist das Wort ausgesprochen, da fallen schon die Zwischenrufe: "Für Deutschland gibt es nur Welt-